



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Verhandlungen zwischen dem Senat und der Bürgerschaft / Senat der Freien Hansestadt Bremen ; Bürgerschaft Bremen 1927

01.03.1927 - Mitteilung des Senats

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

6. Sonderhaushaltsplan „Ergänzung der Hafen- und Eisenbahnanlagen“ für 1927.

Die Bürgerschaft stimmt den Anträgen der Deputation für Häfen und Eisenbahnen (Verhdlgn. S. 92) zu.

7. Wiederöffnung der Claudiusstraße und Hagedornstraße für den öffentlichen Verkehr.

Die Bürgerschaft erteilt dem Antrage der Deputation für Stadterweiterung und Grundstücksverwaltung (Verhdlgn. S. 93) ihre Zustimmung.

8. Vergebung des Grundstücks Osterstraße Nr. 79 a/b und eines Grundstücks an der Straße bei der Seefahrtsschule an das Vereinskrankenhaus in Erbbaurecht.

Die Bürgerschaft stimmt dem Antrage der Deputation für Stadterweiterung und Grundstücksverwaltung (Verhdlgn. S. 94) zu.

9. Bau einer Badeanstalt am Peterswerder.

Die Bürgerschaft stimmt dem Antrage der Behörde für Leibesübungen und Jugendpflege (Verhdlgn. S. 96) zu.

10. Veränderungen in der Besetzung von Deputationen.

Finanzdeputation. Es scheidet aus: Dr. R. Dronke, es tritt ein: **H. Wenhold.**

Deputation für die Überprüfung der Besoldungsordnung. Es scheidet aus: **H. Drost**, es tritt ein: **H. Wenhold.**

Mitteilung des Senats

vom 1. März 1927.

Antrag über dringende Umpflasterungen.

Die Baudeputation, Abteilung Straßenbau, hat den anliegenden Bericht erstattet. Der Senat stimmt dem in diesem Bericht gestellten Antrage zu und ersucht die Bürgerschaft, ihm beizutreten.

Anlage.

Bericht.

Folgende Umpflasterungen von Straßen haben sich als besonders dringend herausgestellt:

- | | | |
|--|----------|---------|
| 1) Nordstraße von Wismannstraße bis Bremerhavenerstraße. Die Kosten betragen abzüglich des Beitrages der Straßenbahn | R.M. | 86 800 |
| 2) Utbremerstraße von Panzenberg bis Zwißtstraße. Die Kosten betragen abzüglich des Beitrages der Straßenbahn | " | 27 400 |
| 3) Landwehrstraße von Hausa- bis St. Magnusstraße. Die Kosten betragen | " | 123 000 |
| | Sa. R.M. | 237 200 |

Das Fahrbahnpflaster dieser drei Straßen ist in den letzten Monaten außerordentlich rasch in Verfall geraten. In der Nordstraße befinden sich tiefe Spuren in den Streifen seitlich der Straßenbahn. In der Utbremerstraße und Landwehrstraße ist das Granitgroßpflaster unter dem Verkehr gekippt und in einem sehr holprigen Zustande, unter welchem der starke Verkehr der Straßen sehr leidet. Die Pflastersteine der drei Straßen sind noch gut erhalten, so daß durch Umlegungen das Material noch zu retten ist. Geschieht das nicht, so ist später das Material nicht wieder zu verwenden. Die Arbeiten müssen bereits im März in Angriff genommen werden. Die Baudeputation beantragt daher mit Zustimmung der Finanzdeputation, den Betrag von 237 200 RM auf den Haushalt 1926 unter Nr. 83 Straßen- und Brückenbauamt, III. Umlegungen und Neupflasterungen bestehender Straßen 1926 nachzubewilligen.

Bremen, den 1. März 1927.

Die Baudeputation, Abteilung Straßenbau.

(gez.) Thalenhorst. (gez.) Heinr. Drost.

Mitteilung des Senats

vom 3. März 1927.

1. Flughafenstaffel.

Die Deputation für Stadterweiterung und Grundstücksverwaltung hat über diesen Gegenstand den anliegenden Bericht erstattet. Der Senat stimmt dem Antrage der Deputation zu und ersucht die Bürgerschaft, ihm beizutreten.

Bericht.

Auf Grund der von der Bürgerschaft beschlossenen Flughafenstaffel Staffel F (§ 18a) der StVO. (vergl. Verhandlungen 1926 S. 75) hat die unterzeichnete Deputation den beiliegenden Plan vom 29. September 1925 nunmehr öffentlich zu jedermanns Einsicht ausgelegt.

Es sind die folgenden beigefügten Einsprüche eingegangen:

- 1) Von Joh. Solte Witwe und Frau Heinr. Garbade vom 3. Januar d. Js.
- 2) Von Frau Maline Solte vom 4. Januar d. Js.
- 3) Von Frau Beta Siggelkow, geborene Garbade vom 4. Januar d. Js.
- 4) Von Rechtsanwalt Dr. Strohmeyer für Frau H. Busch Witwe, Herrn H. Meybohm, Herrn Friedrich Fohne, Herrn Gustav Plate und Herrn Hermann Langrehr vom 5. Januar d. Js.
- 5) Von Rechtsanwalt Dr. Koltenius für Diedrich Meyer vom 5. Januar d. J.
- 6) Von Herrn Dr. Müllershausen für die Diafonie der U. L. Frauen- und der Ansgarri-Gemeinde vom 6. Januar d. J.

Die Einsprüche unter 1, 3, 4 und 5 bestreiten dem Staate das Recht, solche Vorschriften, wie der Plan vorschreibt, überhaupt machen zu können und halten, wie Herr Rechtsanwalt Dr. Strohmeyer ausführt, das ganze Verfahren für ungesetzlich. Der Einspruch unter 2 behält sich alle Entschädigungsansprüche vor.

Die Deputation hält die Einsprüche für unbeachtlich und unzutreffend, da auf Grund des ordnungsmäßig erlassenen Gesetzes vom 25. Februar 1926 —

Anlage.